

Haushaltsrede

SPD-Kreistagsfraktion Rhein-Sieg-Kreis

Dietmar Tandler

Digitalisierung, Globalisierung und demografischer Wandel – diese drei Bereiche beeinflussen unseren Alltag, unser wirtschaftliches, politisches und kulturelles Leben.

Gerade der demografische Wandel hat sich zuletzt anders vollzogen als von vielen vorhergesagt. Das Schrumpfen der Bevölkerung ist wegen der gestiegenen Zuwanderung auf unbestimmte Zeit verschoben. Die Alterung setzt sich allerdings nahezu unverändert fort, und bunter wird unsere Gesellschaft durch wachsende Heterogenität in Herkunft, Familien und Lebensentwürfen allemal. Auswirkungen hat das auf fast alle Politikfelder wie etwa den Arbeitsmarkt, soziale Sicherung, Bildung, Gesundheits- und Pflegepolitik und die Mobilität.

Deutschland weist dabei große regionale Unterschiede auf, die vor allem auch die Kommunen und Kreise vor sehr differenzierte Herausforderungen stellen. Für die jeweiligen Probleme müssen passgenaue Lösungen entwickelt werden.

Was sagt nun der Entwurf des Doppelhaushaltes 2019/20 des Rhein-Sieg-Kreises dazu?

Dieser Haushalt ist einfache Hausmannskost! Er ist langweilig! Es ist keinerlei Gestaltungswille erkennbar. Für die zentralen Fragen des nächsten Jahrzehnts werden keinerlei Zukunftsperspektiven sichtbar!

Die Kämmerin und ihr Team haben uns ein solides Werk vorgelegt. Das ist ihre Aufgabe und die hat sie gut gelöst. Dank und Anerkennung für Sie und Ihr Team, Frau Udelhoven.

Für die Gestaltung und für die Perspektiven, wie sich unser Kreis in den nächsten Jahren entwickelt, ist der Kreistag, also wir alle, meine Damen und Herrn, und vor allem der Landrat zuständig.

Wir haben den Entwurf in unserer Fraktion intensiv beraten und insgesamt 16 Anträge zu diesem Entwurf gestellt, die von den Kolleginnen und Kollegen von CDU und Grüne nahezu alle in den Ausschüssen abgelehnt wurden. Lassen Sie mich dazu noch einmal im Detail Stellung nehmen.

Unsere Bürgerinnen und Bürger sind mobiler als noch vor Jahren. Dies betrifft sowohl die berufliche, wie auch die Freizeitmobilität.

Sicher, bezahlbar und klimafreundlich - so sollte die Mobilität der Zukunft aussehen.

Einsparen - Ergänzen – Ersetzen: Dieser Dreiklang dient als Grundlage für eine nachhaltige Veränderung der individuellen Motorisierung der Zukunft.

Wer schlau fährt, spart Geld! Und wer öfter mal zu Fuß oder mit dem Rad unterwegs ist, bleibt fit. Ebenso reduziert er seinen individuellen Kraftstoffverbrauch und die Emissionen. Das Fahrrad ist nicht nur das kostengünstigste Verkehrsmittel; für den innerstädtischen Verkehr ist es auch oft das schnellste.

Unsere Aufgabe muss es sein, den Verkehr fließender zu gestalten. Staus kosten Geld, verschlingen Zeit und schaden der Umwelt. Die Herausforderungen bestehen darin, sowohl Verkehrsräume entsprechend baulich zu gestalten, als auch Verkehrsteilnehmerinnen und Verkehrsteilnehmern technisch zu unterstützen, um den Verkehrsfluss zu fördern.

Sowohl im ÖPNV als auch auf unseren Straßen steht den Bürgerinnen und

Bürgern des Kreises ein Jahrzehnt der Baustellen bevor und das Ganze immer in enger Verbindung mit der Bundesstadt Bonn, was nicht immer alles erleichtert.

Der fast ständige Stau bei der Fahrt von der linken auf die rechte Rheinseite und umgekehrt wird bei den geplanten Großbaustellen "Tausendfüßler" und "Nordbrücke" im Anschluss sicherlich noch wesentlich länger werden.

Weitere Maßnahmen sind auf den anschließenden Autobahnabschnitten notwendig und geplant; und werden auch den Verkehr behindern.

Ein abgestimmtes Baustellenmanagement zwischen allen Beteiligten mag das eine oder andere etwas abmildern, wir hoffen da auf viel Kreativität aller Beteiligten.

Der Umstieg auf den ÖPNV ist sinnvoll, bedeutet aber auch, dass die Kapazitäten für den Transport wo immer möglich gesteigert werden. Und das sowohl in und um Bonn als auch auf der Rheinschiene zwischen Düsseldorf und Koblenz.

Auch die Fahrradmobilität verdient mehr Unterstützung und das auf schnellem Wege, zusammen mit den ehrenamtlichen Experten des ADFC. Radschnellwege müssen bald realisiert und nicht durch tausend Hürden verkompliziert und unmöglich gemacht werden.

Da bleibt viel zu tun. Es ist Aktivität sowie schnelles und auch mal unkonventionelles Handeln gefragt, keine Bedenkenträger und bürokratische Dauerblockade.

Meine Damen und Herren, Wohnen ist ein Grundrecht. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht es in der Wohnungspolitik vor allem darum, dass für alle Menschen angemessener, bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist. Eine kurzfristige Lösung erscheint kaum möglich, zu lang wurden die Fragen der langfristigen Investitionen und des neu zu schaffenden Wohnraums nicht angepackt. Wenn wir glauben, dass das nur

die Großstädte betrifft, dann irren wir uns gewaltig. Auch in unserem Kreis begegnen wir diesem Thema täglich.

Viele ältere Menschen, für die die alte Wohnung zu groß geworden ist und die keine bezahlbare und barrierefreie Wohnung finden, sind nur ein Beispiel. Die Frage des bezahlbaren Wohnraums ist eine tickende Zeitbombe. Hier hilft nur eins: Wir müssen massiv in den sozialen Wohnungsbau investieren, und bauen, bauen, bauen, meine Damen und Herren! Damit auch Menschen mit niedrigem und mittleren Einkommen dort leben können, wo sie wollen und nicht, wo sie müssen!

Zum Thema Wohnraum haben wir für die Haushaltsberatungen ein klares Ziel formuliert: Die GWG soll bis 2025 1.500 neue Wohnungen im Kreis bauen!

Ich kann gar nicht mehr nachvollziehen, wie viele Anfragen und Anträge wir schon zum Thema Wohnen eingebracht haben. Das hat nun – leider – nicht dazu geführt, dass wir auf ein ausreichendes Angebot an bezahlbarem Wohnraum im RSK verweisen können. Aber durch den ständigen politischen Druck, den wir gemacht haben, ist heute in den Köpfen aller politischen Akteure, auch hier im Sitzungssaal, angekommen, dass bezahlbarer Wohnraum unstrittig ein wesentlicher Bestandteil einer nachhaltigen politischen Zukunftsgestaltung ist.

Niemand kann sich mehr wegducken und auf den Markt verweisen, der das alles angeblich regeln wird, oder sich mit fehlender Zuständigkeit herausreden, auch Sie nicht, Herr Landrat. Was unserer Meinung nach vom Kreis aus getan werden muss, habe ich mit unserem Antrag zur Wohnbauförderung bereits dargelegt.

Und auch hier auf einmal ein Einsehen bei der CDU, die unseren Antrag aufgreifen und einfach noch einmal als neuen Antrag am 27.11.18 stellen.

Aber auch auf anderen Gebieten haben wir für positive Entwicklungen gesorgt. Ich weiß schon gar nicht mehr, wie lange es her ist, dass die Sozialverbände einen Sozialplan für den Kreis erstellt haben. Aber seitdem war uns klar, dass der Kreis auch in der Sozialpolitik planerisch vorgehen muss. Es hat lange gedauert, bis auch die regierenden Fraktionen und die Verwaltung begriffen haben, dass die Umsetzung des Projekts „Strategische Sozialplanung“ eine große Chance für den Kreis darstellt und dieser von der Umsetzung nur gewinnen kann.

Über die Analyse sozialer Lagen durch Auswertung von Daten können Bedarfe festgestellt und soziale Angebote und Dienstleistungen geplant werden. Sozialplanung ermöglicht die Identifizierung besonders belasteter Quartiere, sie erleichtert sozialpolitische Steuerungsentscheidungen und liefert Grundlagen für eine Verteilungsgerechtigkeit knapper Ressourcen. Sozialplanung ist ein wesentlicher Bestandteil einer präventiven Sozialpolitik. Inzwischen ist die Sache ans Laufen gekommen. Eine Arbeitsgruppe hat erste Grundlagen geschaffen. Wir hoffen hier auf wichtige Ergebnisse, die uns sozialpolitische Aktivitäten zielgerichtet einsetzen lassen.

„Opposition ist Mist“ – lautete der bekannte Spruch von Franz Müntefering. Aber man kann auch aus der Opposition heraus eine ganze Menge erreichen, und wir Sozialdemokraten haben eine ganze Menge erreicht. Als aktuelles und bestes Beispiel kann wohl das späte Einschwenken der Koalition beim RWE-Verkauf gelten. Seit 1994 (!) fordert meine Fraktion diesen Verkauf bereits – damals übrigens noch mit Unterstützung der Grünen und Horst Becker. Lange Zeit haben sich dann die schwarzen und grünen Mehrheitsfraktionen gegen den Verkauf gesträubt – wieso jetzt dieser Einschwenk? Noch im Juni diesen Jahres nannte der Vorsitzende der CDU-

Fraktion den Verkauf einen "wirtschaftlichen Unsinn".

Als wir den Antrag im Juni das letzte Mal stellten, hatten wir auch konkrete Forderungen nach Investitionen in Infrastruktur und Wohnraum. Dieser Antrag wurde damals schmetternd abgelehnt.

Und nun kupfert die CDU genau unseren Antrag ab und fordert auch den Verkauf, wie dem Antrag vom 28.11. zu entnehmen ist.

Inklusion – auch das ein Thema, das wir massiv vorangetrieben haben. Mit dem „Aktionsplan Inklusion“ liegt ein Fahrplan für die nächsten Schritte zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention im Rhein-Sieg-Kreis vor. Der Aktionsplan soll dazu beitragen, besondere Lebenslagen von Menschen mit Handicap zu erkennen, hierfür zu sensibilisieren und Barrieren abzubauen.

Damit Inklusion gelingt, bedarf es entsprechenden Bedingungen. Der Anfang ist gemacht, vor allem auf Initiative meiner Fraktion!

Der Inklusions-Fachbeirat hat seine Arbeit aufgenommen und trägt durch vielfältige Anregungen zum Gelingen des Projektes „Inklusion“ bei.

Der „Aktionsplan Inklusion“ ist mit Hilfe vieler Akteure aus den verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen erarbeitet.

Damit er auch umgesetzt und gelebt wird, bedarf es weiterer Anstrengungen, auch finanzieller. Wir wollen, dass der Aktionsplan umgesetzt wird und nicht in einer Schublade liegen bleibt, deshalb sprechen wir uns ausdrücklich dafür aus, dass weitere finanzielle Mittel in den Haushalt eingestellt werden.

Inklusion ist eine Herausforderung für Politik und Gesellschaft – wir nehmen sie an!

Allerdings soll nicht unerwähnt bleiben, dass es in bestimmten Bereichen vorab einer besonderen Förderung bedarf.

Die Zukunft des Sprachheilkindergartens in Siegburg ist für uns immer noch offen.

Die von der SPD-Kreistagsfraktion beantragte Expertenanhörung hat eindrucksvoll gezeigt, dass die Zahl der Kinder mit Sprachauffälligkeiten wächst und damit auch der Bedarf an spezieller Förderung. *Wir werden uns weiterhin für den Fortbestand dieser Einrichtung, die anerkannt bewährte Arbeit leistet, einsetzen und für die notwendigen finanziellen Mittel einsetzen.*

Das Schicksal von Frauen und Kindern in Notlagen, z.B. bei häuslicher Gewalt, liegt uns besonders am Herzen.

Politik und Verwaltung sind sich darin einig, dass der Bedarf für ein weiteres Frauenhaus im Rhein-Sieg-Kreis gegeben bzw. das Schutzangebot der bestehenden Einrichtungen zu erweitern ist.

Jahr für Jahr müssen Frauen wegen Überfüllung abgewiesen werden. Die Anmietung eines Hauses mit mehr Plätzen und die Verlagerung des Frauenhauses von Troisdorf nach Siegburg ist leider gescheitert.

Ob und wann eine bedarfsgerechte Weiterentwicklung des Schutz- und Hilfesystems für Frauen durch das Land erfolgen wird, ist offen.

Um für mögliche Veränderungen – Neu- oder Anbau, Anmietung, Einrichtung von Dependancen – gerüstet zu sein, beantragt die SPD-Kreistagsfraktion einen Vorratsbeschluss zu fassen und 250.000 € in den Haushalt einzusetzen.

Ebenfalls unterstützen wir den Antrag des Vereins „Frauen helfen Frauen“ auf Finanzierung einer Stelle für die ambulante Begleitung nach dem Aufenthalt im Frauenhaus.

Es gibt zwei weitere Anträge, die unsere Zustimmung finden: die AWO-Wohnberatung benötigt mehr Mittel, um ihre wichtige Arbeit für den Kreis fortführen zu können. Und auch Kiwi benötigt eine geringe Anhebung des Zuschusses, die der Kreis gibt. Der Antrag von Kiwi wird auch von den Bürgermeistern massiv unterstützt, in deren Bereichen Kiwi aktiv ist.

Die gesundheitliche Versorgung auf dem Land zu sichern, ist eine zentrale Herausforderung in einer älter werdenden Gesellschaft. Mittels einer umfassenden Bedarfsanalyse und eines daraus resultierenden Konzeptes, muss die gesundheitliche Versorgung im gesamten Rhein-Sieg-Kreis gewährleistet werden. Auch die Chancen der Digitalisierung im Gesundheitssektor (z.B. Telemedizin) sollten dabei mit einbezogen werden. Außerdem sind die Ergebnisse des Projekts „Gemeindeschwestern“ aus Rheinland-Pfalz zu berücksichtigen. Ziel der Konzeption ist es, bestehende und zukünftige Lücken im Versorgungssystem zu erkennen, konkrete Handlungsansätze für den Kreis und die Kommunen zu entwickeln und Akteure für Modellvorhaben zu gewinnen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind die wertvollste Ressource der Kreisverwaltung.

Externe Untersuchungen im Sozialamt/Bereich Eingliederungshilfe, im Jugendhilfebereich, und im Katasteramt sollen eine verbesserte Organisation, eine Entlastung für überlastete Bereiche und Verbesserungen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewirken. Ein strukturiertes Controlling trägt zur Transparenz der Arbeit bei, Probleme werden erkannt und die Steuerung der Arbeit ist sehr viel besser möglich.

Besonders im Sozial- und im Jugendhilfebereich wurde deutlich, dass die veränderten und erweiterten Aufgabenzuschnitte nur mit zusätzlichem Personal zu bewältigen sind. Das zuständige Personal muss in die Veränderungsprozesse gut eingebunden sein, auf neuestem Stand geschult werden, die Verfahren müssen rechtssicher und im Fallmanagement betrieben werden. Zusätzliche Stellen zur Erfüllung der Aufgaben werden in 2019 mit unserer Zustimmung eingerichtet.

Die Kreisverwaltung ist weiterhin – was wir unterstützen und begrüßen – ein

familienfreundlicher Arbeitgeber mit der Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes.

Die Themenbereiche Ausbildung und Personalgewinnung sowie die demographische Entwicklung sind wichtige Zukunftsthemen.

Das eine ist die Gewinnung von jungen Mitarbeitern, das andere sind langfristige gute Perspektiven in der Kreisverwaltung für das Personal. Hier sehen wir noch Optimierungsbedarf, um gute, junge Kräfte zu gewinnen und in der Kreisverwaltung auf Dauer zu halten.

Auch im IT-Bereich geht die Verwaltung mit der Einführung der elektronischen Akte, die bis 2020 erfolgt sein, muss die weitere Digitalisierung der Verwaltung an

Die neue Homepage mit vielen elektronischen Angeboten für die Bürgerinnen und Bürger des Kreises wurde im August frei geschaltet und ist ein Schritt in die richtige Richtung. Der Weg zu einer modernen zunehmend digitalisierten Verwaltung, die benutzerfreundlich vieles von zu Hause erledigen lässt, ist unumkehrbar.